

13 juli 1959

U 7439/59 - C 46 - P1/PS9.

FA 9457/17

GEHEIM

Land: Polen.
Onderwerp: Kerk en Staat (II).

Referenties:

Datum van waarneming: Tweede helft juni 1959.

Bron: Betrouwbaar, met goede contacten in Poolse politieke kringen.

Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr. J.E. de QUAY
Minister-President

Plein 1813 no. 4

'S-GRAVENHAGE.

GEHEIM

Polen

KIRCHE UND STAAT (II)

Während es der PAX-Organisation gelungen ist durch die Vereinbarung zwischen PIASECKI und GOMULKA die Steuernachforderung abzuwenden, droht der katholischen Kirche eine neue Steuervorlage, die von Finanzminister DIETRICH ausgearbeitet wurde. Sie soll in allernächster Zeit verwirklicht werden. Sie wird dann nach dem Oktober 1956 auf dem Finanzgebiet erhaltenen Privilegien der katholischen Kirche erheblich einengen. Der kirchliche Besitz soll mit Hilfe dieser Steuervorlage indirekt verkleinert und die Liquidität der katholischen Hilfsorganisationen gänzlich untergraben. Dieses neue Steuergesetz ist durch die hartnäckige Haltung Kardinal WYSZYNSKI in der Caritasfrage zustande gekommen. Seit zwei Jahren versucht nämlich der Kardinal die Caritasorganisation, die in der stalinistischen Zeit von der Kirche gewaltsam getrennt und der PAX unterstellt wurde und nach dem Oktober 1956 von der PAX-Splittergruppe ZNAK weitergeführt wird, wieder unter die Obrigkeit der katholischen Kirche zu bringen. Sämtliche Vermittlungsversuche der PZPR, die Caritas einer gemischten Kommission aus Vertretern der Kirche, des Staates, des öffentlichen und politischen Lebens zu unterstellen, werden vom Kardinal nach wie vor abgelehnt.

Als eine weitere Massnahme zur Erschütterung der finanziellen Position der Kirche wurden die Besitzungen der westpolnischen Kirche (in früheren deutschen Gebieten) auf Anordnung der Regierung aus dem gesamtpolnischen katholischen Kirchenbesitz herausgelöst und treuhänderisch den Weihbischöfem unterstellt. Der Kirchenbesitz in den früheren deutschen Gebieten

ist verhältnismässig gesehen wesentlich grösser als der der polnischen Kirche.

Der Staat hat ferner jede finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau, beziehungsweise für die Konservierung der kirchlichen Denkmäler in den Westgebieten zu leisten.

In der Warschauer und Kattowitzer Wojewodschaft gehen von der Partei starke Strömungen aus, um den Religionsunterricht auf den Schulen zu unterbinden.

Tweede helft juni 1959.